

blick nach

rechts

Aufklärung über rechtsextreme Aktivitäten: 17. Jahrgang, Nr. 16, 10. August 2000

Einblicke

Aufgewacht

Von Helmut Lölhöfel

Endlich ist die Öffentlichkeit aufgewacht. Das an dieser Stelle schon oft beschriebene Muster, dass nach Untaten wie in Solingen, Mölln oder Rostock für kurze Zeit Empörung aufbrauste und dann rasch wieder abflaute, hat sich diesmal nicht wiederholt. Nach der Explosion einer Handgranate in Düsseldorf genügte schon der bloße Verdacht, Rechtsextreme könnten die Täter gewesen sein, um einen Sturm der Entrüstung zu entfachen. Die Politik stimmte ein, die Medien zogen mit. Nun heißt es für alle: Nicht locker lassen.

Erfreulich ist, dass sich der bayerische Innenminister Günther Beckstein, der wegen seiner manchmal unklaren Haltung hier schon öfter getadelt wurde, diesmal mit an die Spitze stellte und vor dem Erstarken des rechten Extremismus warnte. Ob seine Forderung, die NPD zu verbieten, eine Lösung wäre, bleibt zwar fraglich, aber Beckstein hat eine Diskussion darüber angestoßen und damit wenigstens eine psychologische Wirkung erzielt: Es wird über die Gefährlichkeit der NPD informiert.

Zwischen 1992 und 1998 sind 15 neonazistische Organisationen verboten worden. Bewirkt haben diese Verbote wenig. Rechtsextremismus und Gewalt wurden nicht eingedämmt, sondern nahmen zu. Die braunen Scharen sammelten sich in in schätzungsweise 150 autonomen Kameradschaften, die Szene wurde unübersichtlicher. Manche der Kleinstgruppen haben nicht einmal Namen. Einzelpersonen und Cliques kommunizieren über das Internet. Hass-Musik von Skinheads wird über kaum kontrollierbare Kanäle verbreitet.

Alle Vorschläge, die jetzt kommen, müssen ernsthaft geprüft werden. Auch Verbote. Nach der Sommerpause wird sich das Parlament damit beschäftigen. Dazu muss auch die Frage gehören, ob es nicht einen Weg gibt, den rechtsextremen Parteien die staatlichen Zuschüsse zu entziehen.

Notorische Abzocker

Ungeniert bedienen sich die extrem rechten Landtagsfraktionen in Magdeburg aus der Staatsschatulle.

Seite 2 ■

Partei in der Klemme

Bei der NPD finden sich zahlreiche Anhaltspunkte für Verfassungswidrigkeit.

Seite 3 ■

Aufruf zu Gewalttaten

Die Skinheadorganisation Blood&Honour verbreitet in ihrer musikalischen Botschaft offenen Rassenhass.

Seite 5 ■

Braune Bündnisse

Homepages von Neonazis sind zunehmend durch gemeinsame Startseiten ins Netz eingebunden.

Seite 7 ■

Menschliche Schicksale

In einer Studie wird das schwere Los der Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter in Schleswig-Holstein detailliert untersucht.

Seite 12 ■

Meldungen

Seite 14 ■

blick nach **rechts**

Herausgeber: Institut für Information
und Dokumentation e.V.

Für den Vorstand: Helmut Lölhöfel
Redaktion: Gabriele Nandlinger

Hintergrund**Abzocker vom Dienst**

Den rechten Fraktionen in Magdeburg geht es vor allem um eins: Den möglichst lukrativen Griff in die Landeskasse.

Insbesondere die finanziellen Gelüste des DVU-Bundesvorsitzenden Gerhard Frey hätten zur Trennung geführt, behauptete die Vorsitzende der rechts-extremen FDVP-Fraktion im Landtag von Sachsen-Anhalt, Claudia Wiechmann, nachdem das Tisch-tuch zwischen ihr und Frey endgültig zerschnitten war. Gemeinsam mit zunächst acht Getreuen, darunter dem von Frey geschassten Ex-DVU-Fraktionschef Helmut Wolf gründete Wiechmann die Fraktion der FDVP, der Freiheitlichen Deutschen Volkspartei. Das Häuflein Aufrechter im Magdeburger Landtag, das noch zur Stange des Münchner Multimillionärs und DVU-Alleinherrschers Frey hielt, nannte sich fortan Deutsche Volksunion/Freie Liste (DVU-FL). Aber so strikt scheint die politisch-inhaltliche Trennung der beiden Rechtsaußengruppierungen im Landtag nicht zu sein. Erst vor wenigen Tagen fanden zwei Abgeordnete entweder den Fraktionsalltag unter Frau Wiechmann oder andere Begehrlichkeiten ihrer Chefin zu anstrengend und wechselten mit fliegenden Fahnen zurück zu Frey und dessen Statthalter im Parlament, DVU-FL-Fraktionschef Dieter Kannegießer.

Denn auch Claudia Wiechmann scheint inzwischen den fragwürdigen Segnungen des schnöden Mammons zu erliegen. Und dabei scheint es ihr, glaubt man den Vorwürfen ehemaliger Fraktionsmitarbeiter, relativ egal zu sein, ob sie in die Tasche ihrer Fraktionsmitglieder, des Steuerzahlers oder auch in die Parteischatulle der FDVP greift.

Insofern hat Claudia Wiechmann von ihrem einstigen Parteichef gelernt. Die FDVP, deren Parteichefin sie ist, bekennt sich ausdrücklich weiterhin zu den politischen Grundsätzen der DVU, für die sie vor zwei Jahren in den Landtag gewählt worden war. Im Gegensatz zur Frey-Truppe sei sie „eine moderne nationale Partei“, behauptet die Partei- und Fraktionschefin, die zu DDR-Zeiten SED-Mitglied war und die FDVP gern in die programmatische Nähe der FPÖ von Jörg Haider rückt.

Jetzt aber wird erst einmal die FDVP-Chefin in die Nähe dunkler Machenschaften gerückt. In einem

Brief an Landtagspräsident Wolfgang Schaefer bezieht die ehemalige Fraktionsmitarbeiterin Roman Gleißner seine einstige Chefin der Zweckentfremdung und damit der Veruntreuung von Steuergeldern. Fraktionskostenzuschüsse aus der Landeskasse sollen in erheblichem Umfang zur Finanzierung der Parteiarbeit missbraucht worden sein, gibt Gleißner zu Protokoll.

Büro- und Werbematerialien für die FDVP seien, so Gleißner, von der Fraktion erstellt und aus der Fraktionskasse bezahlt worden. Das sei kaum verwunderlich, denn die Partei sei finanziell vollkommen handlungsunfähig. „Seit der Gründung der FDVP am 15.02.00 weisen die Kontenstände aller sieben Kreisverbände sowie des Landesvorstandes eine Null auf, das heißt teilweise sogar ein geringes Minus“, so Gleißner in seinem Schreiben, in dem er unbewusst ein ausgesprochen merkwürdiges Finanzgebaren innerhalb der FDVP offenbart. „Lediglich einige der in der Fraktion verbliebenen sieben Abgeordneten führen satzungsgemäße Parteispenden an Frau Wiechmann in Höhe von 15 Prozent ihrer Bruttodiäten ab“, heißt es in dem Brief.

Tatsächlich räumt auch die Fraktionschefin ein, dass sie die Zahlungsmoral ihrer Fraktionsmitglieder für unzureichend hält. Da fällt ihr der eigene Aufstand gegen die finanziellen Begehrlichkeiten aus der Münchner Parteizentrale von Gerhard Frey auf die Füße. Denn ihren Getreuen hatte sie damals eingeschärft, auf keinen Fall Teile ihrer Diäten an die DVU-Parteikasse abzuführen. Schließlich seien sie frei gewählte Abgeordnete, und die Diäten seien nichts weiter als eine Entschädigung für die mit diesem Mandat verbundenen Aufwendungen. Geld war möglicherweise auch im Spiel, als zwei FDVP-Abgeordnete ihrer Chefin den Rücken kehrten und reumütig wieder zu Freys Statthaltern im Magdeburger Landtag zurückkehrten. Die FDVP-Fraktion verfügt nunmehr über nur noch sieben Sitze (und entsprechend weniger Fraktionskostenzuschüsse) im Landtag, durch die Wiederaufnahme der beiden Dissidenten Wolfgang Buder und Rudi Czaja ist die DVU-FL-Fraktion nun wieder auf acht Abgeordnete angewachsen, was entsprechend mehr Landesgelder in die Fraktionskasse spült.

Dass es tatsächlich fragwürdig zugeht im Finanzleben der FDVP, darauf deutet noch ein anderes Indiz hin: Neben dem ehemaligen Fraktionsmitarbeiter Gleißner hat auch die Landesschatzmeisterin Jana Ilsmann ihren Parteiaustritt erklärt und ihr Amt nieder gelegt.

Eberhard Löblich

Hintergrund

Auf der Kippe

Berichte des Bundesamts und von Landesämtern für Verfassungsschutz bieten reichlich Anhaltspunkte dafür, die rechts-extreme NPD als verfassungswidrig einzustufen.

Dass die NPD gegen die bestehende freiheitliche Grundordnung eintritt und agitiert, belegt das Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) in seinem Jahresbericht 1999 mit etlichen Zitaten. So hat der NPD-Vorsitzende Udo Voigt seine Partei als „soziale Erneuerungsbewegung“, als „Partei der neuen Ordnung“ und als „nationale Alternative für ein besseres Deutschland“ gekennzeichnet, die „auf den Trümmern des Liberalkapitalismus ein neues Deutschland errichten“ will. Aussagen der NPD-Zeitung „Deutsche Stimme“ werden so zusammengefasst: Die wahre Volksherrschaft werde erst Wirklichkeit, wenn die Deutschen nach Abschütteln der politischen, wirtschaftlichen und geistig-kulturellen Fremdherrschaft ihre nationale Identität wiedererlangt haben. Hierfür sei eine grundlegende Veränderung der bestehenden Verhältnisse notwendig.

Im Verfassungsschutzbericht ist der dem NPD-Bundesvorstand angehörende Neonazi Steffen Hupka mit dem Aufruf zitiert, die „Gesetze der Machtergreifung“ zu beachten. Die von der NPD erstrebte „neue Ordnung“, so wertet das BfV die ihm vorliegenden Äußerungen und Dokumente, „ist unmittelbar gegen die freiheitlich demokratische Grundordnung gerichtet“. Dass die Zielsetzung „dem Menschenbild des Grundgesetzes diametral entgegensteht“, wird anhand einer Polemik des NPD-Funktionärs Wolfgang Frenz verdeutlicht, der Menschenrechte als „Gleichmacherei“ charakterisiert, „die gewachsene organische Bindungen zerstört und eine marxistisch-liberale Wurzel hat“.

Weiter heißt es im Bericht des Bundesamts über die NPD: „Ihre völkisch-kollektivistische, gegen die Menschenrechte gerichtete Agitation verquickt die Partei mit rassistisch motivierter Fremdenfeindlichkeit.“ Außerdem agitiere sie antisemitisch und relativiere nationalsozialistische Verbrechen. Die parlamentarische Demokratie werde verächtlich gemacht, Politiker würden „pauschal, polemisch und verunglimpfend“ angegriffen.

Über Zusammenarbeit der NPD mit militanten Neonazis weiß der Verfassungsschutz, dass sie angebahnt wird, aber auf Widerstände stößt. Neonazis hätten „vielfach“ NPD-Mitglieder und deren Umfeld als Anmelder und Teilnehmer von Demonstrationen eingespannt. „In Aussagen und äußerem Erscheinungsbild bei diesen Umzügen sind zwischen Neonazis und NPDlern kaum noch Unterschiede auszumachen.“

Deutlicher wird im Bericht des bayerischen Verfassungsschutzes herausgearbeitet, dass die NPD „ein breites rechtsextremistisches Spektrum aus dem In- und Ausland zu mobilisieren“ versucht. Präsenz von Skinheads und Redebeiträge führender Neonazis bei NPD-Kundgebungen seien „trotz parteiinterner Vorbehalte und wechselseitiger Kritik ein deutliches Indiz, dass die Akteure keine Alternative zum Zweckbündnis zwischen NPD und Neonazis sehen“. Bei Aufmärschen der Nachwuchsorganisation Junge Nationaldemokraten stellten unorganisierte Neonazis, besonders Skinheads, „einen Großteil des Mobilisierungspotenzials“.

Im Berliner Verfassungsschutzbericht wird eine „schwindende Abgrenzung gegenüber dem neonazistischen Spektrum“ registriert, das den Nationalsozialismus als „Modell für ein heutiges anderes Deutschland“ wünsche. Die NPD versuche, Einfluss im aktionistischen jugendlichen Rechtsextremismus zu gewinnen. Umgekehrt wollten Neonazis unter Ausnutzung legaler Parteistrukturen Verbotsmaßnahmen umgehen.

Die NPD stelle die parlamentarische Demokratie „grundlegend in Frage“, betont das sächsische Landesamt. „Das System hat keinen Fehler, das System ist der Fehler“, wird im Bericht der sächsische Funktionär Uwe Leichsenring zitiert, der offen erklärt: „Natürlich sind wir verfassungsfeindlich. Wir wollen eine andere Gesellschaftsordnung“.

Der nordrhein-westfälische Verfassungsschutzbericht verweist als Beispiel für die „enge Kooperation von NPD und Neonazis“ auf ein Interview des Parteivorsitzenden Voigt mit der Neonazipublikation „Hamburger Sturm“, wobei der sich „unverblümt“ zu der Zusammenarbeit bekennt. Auf das Auftreten von ehemaligen Rechts-Terroristen bei NPD-Demonstrationen angesprochen, meint Voigt danach, für ihn „gehört auch dazu, dass man vernünftige Leute, die mitarbeiten wollen, einzubinden versucht, unabhängig davon, was früher gewesen ist.“

Helmut Löhlhöff

Aktivitäten

Die NPD schlägt zu

Der Überfall auf Teilnehmer einer Gedenkveranstaltung in Wuppertal wurde von nordrhein-westfälischen NPD-Funktionsträgern initiiert.

Mehrfach war das Mahnmal an der Gedenkstätte des ehemaligen KZ Kemna in Wuppertal-Beyenburg in der Vergangenheit bereits mit nazistischen Symbolen geschändet worden. In der Nacht vom 3. auf den 4. Juli hatten Neonazis es erneut als Angriffspunkt auserkoren. Das Mahnmal wurde von unbekannten Tätern mit SS-Runen, Hakenkreuzen und Parolen beschmiert, die wenige Tage zuvor niedergelegten Kränze wurden in einen Bach geworfen. Hinweise, dass es hierbei nicht bleiben sollte, gab es schon seit längerem. Im Gästebuch der Homepage des „Nationalen Beobachters“ findet sich ein Eintrag einer „Kameradschaft Wuppertal“ vom 11.6.2000, die anregte, „mal ein paar Rote um die Ecke zu bringen, sonst meinen sie noch, wir hätten Angst vor ihnen.“ Am 9. Juli wurden dann 15 Personen, die eine Gedenkveranstaltung am Mahnmal durchführten, von einer zirka 15-köpfigen Neonazigruppe aus dem Wald heraus mit Steinen, Knüppeln und Reizgas angegriffen. Zwei Menschen wurden hierbei verletzt. Die zunächst zögerlich eingreifende Polizei konnte kurz danach noch drei der flüchtenden Täter festnehmen. Die sich anschließenden Hausdurchsuchungen bei Verdächtigen brachten zahlreiche Waffen und zwei NPD-Mitgliedsausweise zum Vorschein. Insgesamt wurden bis Ende Juli 13 Täter ermittelt, von denen zwölf gefasst werden konnten und sieben noch in U-Haft sitzen. Die Staatsanwaltschaft Wuppertal geht von einem Trio aus Funktionsträgern von NPD und Jungen Nationaldemokraten aus, das den Überfall initiiert hat. Zu diesem Trio würden ein „Gruppenleiter“, ein „Bezirksvorsitzender aus dem Ruhrgebiet“ sowie der Schwelmer Stadtratsabgeordnete Thorsten Crämer, der seine Tatbeteiligung zwischenzeitlich eingestanden hat, gehören.

Der 25-jährige Student Thorsten Crämer ist Mitglied des NPD-Landesvorstands Nordrhein-Westfalen, des JN-Bundesvorstands sowie NPD-Bezirksvorsitzender Südwestfalen. Die aktivsten Gruppen im NPD-Bezirksverband Südwestfalen sind neben dem Schwelmer Kreisverband um Crämer und Axel Hellmann, der Kreisverband Märki-

scher Kreis um Timo Pradel (Iserlohn) sowie der Lüdenscheider Ortsverband um den ehemaligen Betreiber des „Donner Versand“, Stephan Haase. Der Bezirksverband Südwestfalen gehört neben dem Verband Ruhr zu den aktivsten in NRW. Die NPD Ruhr leitet der 56-jährige Essener Bernd Kremer, die Jungen Nationaldemokraten Ruhr werden von dem ehemaligen Aktivisten der terroristischen Gruppe „Volkswille“, Thorsten Holger Cirkel, geführt. Zu den aktivsten NPD/JN-Strukturen im Ruhrgebiet gehören der Kreisverband in Herne um Claus Crämer, der Recklinghauser Kreisverband um Wolfgang und Jutta Kevering aus Herten und die Dortmunder NPD und JN um ihre Vorsitzenden Pascal Zinn (NPD) und Dominik Lutz (JN), die über gute Kontakte nach Wuppertal verfügen.

Die NPD-Bezirksverbände Südwestfalen und Ruhr arbeiten eng mit den „Freien Kameradschaften“ zusammen. Eine wichtige Scharnierfunktion hat die „Ruhrpottkameradschaft Dortmund/Witten“, von deren Führungskadern insbesondere der Wittener Carsten Köppe und der Dortmunder Siegfried Borchardt zu nennen sind. Innerhalb eines Jahres konnte die NPD in Nordrhein-Westfalen ihre Mitgliederzahlen von 650 auf 780 steigern, die meisten Neuzugänge kamen aus dieser Region. So verwundert es auch nicht, dass es am 6. Mai in Essen gelang, zirka 350 bis 400 Personen aus dem Ruhrgebiet und aus Südwestfalen zu einer insgesamt 500-köpfigen NPD-Demonstration zu mobilisieren.

Durch die Verhaftung von Thorsten Crämer und anderer NPD/JN-Funktionsträgern ist die nordrhein-westfälische NPD zwar unter politischen Druck geraten und auch vorübergehend einiger ihrer wichtigsten Leute beraubt worden, was sie aber bislang nicht daran gehindert hat, weiterzumachen wie zuvor. Die für den 15. Juli angekündigte Veranstaltung des „Deutschen Kulturwerks“ (DKW) in Letmathe bei Iserlohn, auf der Manfred Roeder zum Thema „Wir bauen das Reich“ referierte, fand wie geplant statt. Das von Thorsten Crämer, Axel Hellmann, Timo Pradel und dem Altnazi Hagen Prehl aus Schalksmühle geleitete DKW tritt seit 1997 regelmäßig mit Veranstaltungen mit bis zu 250 Teilnehmerinnen und Teilnehmern in Erscheinung. Es versteht sich nach eigenen Angaben als „parteienunabhängiger Zusammenschluss von volkstreuen und kulturell interessierten Deutschen“ und hat sich als „jüngere Generation die Aufgabe gestellt, im Bereich der deutschen Kulturarbeit unseren Beitrag zu leisten.“

Pierre Briegert

Aktivitäten**Geleitmusik für Mord**

Die Skinhead-Organisation Blood&Honour verbreitet in ihrer musikalischen Botschaft Rassenhass und Antisemitismus. Gewalt gehört zu ihrem Programm.

Immer wieder kommt es bei den vom Blood & Honour-Netzwerk organisierten Konzerten zu Ausschreitungen und Angriffen gegen die Sicherheitsbehörden, wie zuletzt am Wochenende 22./23. Juli in einer leerstehenden Gaststätte in Holvede im Landkreis Harburg. Als Polizeibeamte den Auftritt der Magdeburger Skinheadband mit dem einschlägigen Namen „Sperrfeuer“ vor rund 400 rechtsextremen Skinheads aus ganz Deutschland beendeten, wurden sie attackiert. Organisiert wurde das Konzert von Blood&Honour-Sektion Nordmark, zu der auch der unweit von Holvede in Tostedt wohnende Neonazi Stefan Silar gehört. Im März 1992 hatte der damals 19-jährige Naziskinhead gemeinsam mit einem Gesinnungsgenossen den 58-jährigen Kapitän Gustav Schneeclaus in Buxtehude erschlagen, weil dieser Hitler als „großen Verbrecher“ bezeichnet hatte. Nach Verbüßung seiner mehrjährigen Haftstrafe gehört Silar mittlerweile zur Führungsriege der Blood & Honour-Sektion Nordmark, die eng mit dem „Norddeutschen Aktionsbüro“ um Christian Worch, Torben Klebe und Thomas Wulff zusammenarbeitet. Das Konzert in Holvede ist auch ein neuerlicher Beweis des hohen Organisationsgrades des Blood&Honour-Netzwerkes und dessen konspirativen Mobilisierungsfähigkeiten: Die Sicherheitsbehörden hatten zwar im Vorfeld von dem Konzert erfahren und auch eine der Bands an der Einreise nach Deutschland gehindert: Trotzdem dauerte es mehrere Stunden, bis Polizeibeamte den Konzertort ausfindig machen konnten, das zu diesem Zeitpunkt bereits voll im Gange war.

Einen Tag nach der Auflösung der Veranstaltung reagierte die Blood&Honour-Sektion Weser-Ems in einer Pressemitteilung mit einer unverhohlenen Androhung von gewaltsamen Racheakten gegen Polizeibeamte: „Absolut unverständlich ist es, dass sich einige Beamte immer noch fragen, warum Menschen wie Kay Diesner auf Polizisten schießen. (...) Sie sollten sich besser fragen, warum andere dies nicht machen.“ Der wegen Mordes an einem Polizeibeamten zu lebenslanger Haft verurteilte Berliner Neonazi Kay Diesner wird in der rechts-

extremen Szene als „Märtyrer des Weissen Arischen Widerstands“ und Vorbild verehrt.

Längst bleibt es nicht mehr nur bei verbalen Bekundungen, seinem „Vorbild“ nachzueifern. Überall da, wo deutsche Neonazis mit dem im vergangenen Jahr angekündigten Aufbau eines „braunen Untergrunds“ begonnen haben, mischen Aktivisten der rund 300 Neonazis umfassenden Struktur von Blood&Honour Deutschland mit. Jüngstes Beispiel: Die Mitte Juni in Berlin und Brandenburg von den Ermittlungsbehörden enttarnten so genannten „Nationalrevolutionären Zellen“, die Anschläge gegen politische Gegner aus der linken Szene planten. Zwei der beteiligten Neonazis, darunter der als V-Mann des brandenburgischen Verfassungsschutzes agierende Carsten Sczcepanski, organisierten für Blood&Honour Konzerte in Brandenburg und pflegten gute Kontakte zu englischen und schwedischen Gesinnungsgenossen.

Ein Blick auf die mit einem bewaffneten und verummten Skinhead verzierte Internetseite von Blood&Honour Skandinavien zeigt, wie eng der Zusammenhalt zwischen deutschen Rechtsextremisten, der englischen Terrororganisation Combat 18 und der in Schweden für die Morde an zwei Polizeibeamten verantwortlichen Nationalsozialistischen Front inzwischen ist. So versammelten sich am 21. Juni auf dem zur Festung ausgebauten Grundstück des deutsch-dänischen Blood&Honour-Chefs Marcel Schilf in der südschwedischen Kleinstadt Klippan rund 200 Neonazis aus Deutschland, England, Norwegen, Schweden und Dänemark zur „Sommersonnenwendfeier“ mitsamt Konzert. Als „Zeremonienmeister“ mit dabei: Stephan Lange aus Berlin, der unter dem Decknamen „Pinocchio“ als Chef von Blood&Honour Deutschland als einer der treibenden Kräfte für das zunehmend militantere Auftreten der Gruppierung gilt. Erst im März dieses Jahres hatten Polizeibeamte bei einer Hausdurchsuchung in dessen Berliner Wohnung rund 1500 rechtsextreme CDs gefunden. Sie sollten zusammen mit der Ausgabe Nr. 9 der rund 124-seitigen Propagandazeitschrift von Blood&Honour unter rechten Jugendlichen verbreitet werden.

Auch der Auftritt eines prominenten Neonazis aus Bayern wurde im Juni in Schweden bejubelt: Bernd Peroch aus Bamberg, der unter dem Spitznamen „Pernod“ als Sänger der Blood&Honour-Band „Hate Society“ bekannt ist, gilt als einer der wichtigsten deutschen Kontaktpersonen für die englische Terrorgruppe Combat 18. Mitglieder von Combat

18, darunter auch deren Anführer Will Browning, waren in den letzten zwölf Monaten in Bamberg bei Konzerten und Zusammenkünften von Blood&Honour zu Besuch. Von Gesinnungsgenossen aus Kreisen der NPD erhobene Vorwürfe, Peroch treibe doppeltes Spiel und arbeite für den Verfassungsschutz, haben seinen Einfluss in der Szene bisher nicht geschmälert. Auch wenn nach der Enttarnung von Carsten Sczcepanski als V-Mann des brandenburgischen Verfassungsschutzes in den Strukturen von Blood&Honour interne Streitigkeiten - zum Beispiel über den Verbleib von Einnahmen bei Konzerten und Plattenvertrieben - und Verdächtigungen zugenommen haben: Anzeichen dafür, dass das Netzwerk an Schlagkraft oder Anziehungskraft in der rechtsextremen Jugendszene verloren hat, seien bisher kaum erkennbar, sagen die Autoren des Sammelbandes „White Noise - Einblicke in die internationale Neonazi-Musik-Szene“. Daran hätten auch die von den Sicherheitsbehörden angeführten Exekutivmaßnahmen gegen Konzerte und Versände bisher wenig geändert.

Auch für die These, dass am Rande von Konzerten und Aufmärschen, Absprachen für Kampagnen getroffen werden, gibt es Beispiele: So versammelten sich im vergangenen November deutsche, schwedische, englische und norwegische Neonazis aus dem Umfeld von Blood&Honour und Combat 18 in einer Kleinstadt bei Oslo. Die Deutschen baten um Unterstützung für Aktionen gegen politische Gegner. Einen Monat nach der Zusammenkunft warnte das Landeskriminalamt Niedersachsen den Göttinger DGB-Kreisvorsitzenden und mehrere linke Wohngemeinschaften vor Briefbomben.

Unter den jugendlichen Anhängern der Blood&Honour-Bands hat deren offen Rassenhass und Antisemitismus propagierende musikalische Botschaft ihre Wirkung entfaltet: Deutlich wird dies im Gubener Hetzjagd-Prozess. Bevor sie auf den algerischen Asylbewerber Farid Gouendoul stießen und ihn in den Tod trieben, hatten die Angeklagten nach eigenem Bekunden die indizierte Musikkassette „Republik der Strolche“ der Berliner Neonaziband „Landser“ gehört: „Stellt Euch mal vor, eines Tages überfällt uns ein Millionenheer Hungernder aus der 3. Welt. Wie wollt ihr sie abhalten, mit Euren Argumenten? Dann hol ich meine Waffe raus und blas sie alle weg!“ tönt es da. Für die Autoren des Sammelbandes „White Noise“ steht daher fest: „Blood&Honour produziert die Begleitmusik für Mord und Totschlag und gibt den Ton in der Szene an.“

Heike Kleffner

Aktivitäten

„3:1 für Deutschland“

Neonazis feiern den Polizistenmörder Michael Berger.

Mitte Juni hatte Berger in Dortmund drei Polizeibeamte erschossen und sich dann selbst eine Kugel in den Kopf gejagt. „Berger war ein Freund von uns! 3:1 für Deutschland“, hieß es nun auf Aufklebern, die in Dortmund auftauchten, und auf Flugblättern, die bei einer Demonstration in Düsseldorf verteilt wurden. Drei getötete Polizisten: für die Neonazis, die als „Kameradschaft Dortmund“ firmieren, ein Sieg für Deutschland. Medienberichten zufolge soll Siegfried Borchardt, einst an der Spitze der „Borussenfront“ und FAP-Landesvorsitzender, dabei gewesen sein, als die Flugblätter verteilt wurden.

Nach einer Strafanzeige des Dortmunder „Linken Bündnis“ schritt die Polizei zu Hausdurchsuchungen. Und wurde fündig: 30 Aufkleber und 20 der Flugblätter mit der gleichen Aufschrift stellte sie in der Wohnung eines 23-Jährigen sicher. Vorgeworfen wird ihm, das Andenken Verstorbener verunglimpft und Straftaten gebilligt zu haben. Er ist kein Unbekannter: Michael Krick. Seit zehn Jahren ist er in der Szene aktiv. Anfangs in der Sauerländer Aktionsfront. Als deren Anführer Kubiak und Zimmermann im November 1997 ums Leben kamen, schien er, der als 14-Jähriger Mitorganisator eines Skin-Konzerts war, als 16-Jähriger beim Angriff auf ein Jugendzentrum dabei war, als 17-Jähriger führend an einem Überfall auf ein Flüchtlingswohnheim beteiligt gewesen sein soll, ihr Nachfolger werden zu können. Doch am Tage des Begräbnisses verschwand er für 18 Monate hinter Gittern. Das Sündenregister des damals schon wegen gefährlicher Körperverletzung Vorbestraften war lang. Wegen Volksverhetzung, Verunglimpfung des Staates und Verwenden verbotener Kennzeichen wurde Krick verurteilt. Und wegen Nötigung: Am 1. Mai 1997 hatte er Polizisten bedroht, die Autos von Neonazis durchsuchen wollten. Das Feindbild Polizei hat er sich in der Haft bewahrt. „Sprengt die Ketten! Freiheit für Kay Diesner!“, forderte Krick, den es nach seiner Haftentlassung nach Dortmund zog, in einem Interview mit dem „Hamburger Sturm“. Die sich von Diesner distanzieren, sind für Krick „Arschlöcher“. Und die aus ihren Verurteilungen andere Lehren zogen als er, „einfach nur Abschaum“.

Thomas Sager

Aktivitäten

Virtuelle Bündnisse

Rechtsextreme Homepages sind zunehmend über so genannte Portalseiten ins Netz eingebunden. Verschiedenen neonazistischen Gruppierungen wird dabei Platz zur Selbstdarstellung eingeräumt.

Eine gemeinsame Startseite von mehreren Homepages, eine sogenannte Portalseite, aus dem Sammelsurium der Internetseiten von Neonazi-Skins ist seit Mitte Juli unter dem Namen „Combat Germania Weltnetz Kooperation“ (CG WK) mit einem anonym in den USA registrierten Domainnamen online. Der potenziell für weitere Neonazi-Seiten offene virtuelle Zusammenschluss eint die Internetseite von „Oikrach – Die Götterseite“, „Templer's Reich der nationalen Sicherheit“ und „Freyja88's kleines Reich“.

Erst jüngst scheiterte eine andere, als „White Power Portal“ von Schweizer Skinheads konzipierte Portalseite. Dafür verantwortlich waren die Betreiber der Schweizer Skinhead-Seite „Saccara“, die auf den 21-jährigen Stefan Wegmann registriert ist. Neben einschlägigen Internetseiten wie „Das3Reich“, „Skinheadxx“ oder „Blutbad88“ sowie Dateien einer der größten Naziskinseiten im Internet, „White Power MP3“, wurde dort auch auf die Seite von „Freyja88“ verlinkt, einer aus Köln stammenden Rechtsextremistin aus dem Skinhead-Milieu, deren Homepage nun als Mitglied der „Combat Germania Weltnetz Kooperation“ (CG-WK) über eine andere Portalseite im Netz eingebunden ist. „Freyja88“ und der sich im Internet „HJTommy“ nennende Betreiber von „Oikrach“ zählen zu den wenigen im Netz aktiven Rechtsextremisten, von denen sich regelmäßig Beiträge in zahlreichen Gästebüchern und Foren anderer rechtsextremer Internetseiten finden. Die Einträge beginnen oftmals mit einem szenetypischen „Heil dir“, „HJTommy“ endet bisweilen mit potenziell strafrechtlich relevanten Formeln wie „14/88“.

Die eigentlichen Internetseiten liegen jeweils bei diversen ausländischen Anbietern von kostenlosem Webspeicherplatz. Als einziger von ihnen verfügt „Oikrach“ zusätzlich über einen eigenen Domainnamen, der auf eine Postfachadresse in Halle registriert ist. Zudem ist zumindest dieser Seitenbetreiber den Behörden bekannt – eigenen Angaben

zufolge kostete ihn eine Hausdurchsuchung am 3. Februar beide Computer sowie sämtliche seiner CDs. Auch bei der bisherigen Auswahl von Anbietern von Gästebüchern und Foren hatte „HJTommy“ wenig Glück: „Am 10.04.2000 ist mir mein Gästebuch mit über 500 Einträgen gelöscht worden ohne Grund, auch mein Forum war ein Tag später weg, mein neues Gästebuch und Forum von all4free.com wurde 5 Tage später auch gelöscht...“.

Laut Eigendarstellung dient die Portalseite dazu, „ausgesuchte Seiten mit national relevantem Inhalt zu vereinen und Kameradschaften zu stärken.“ Dafür wie für das Organisieren der rechten Szene plädiert „Freyja88“ auch auf ihrer Internetseite, ebenso wie bei diversen Einträgen in rechtsextremen Gästebüchern. Unter anderem fordert sie dazu auf, Veranstaltungen zu besuchen und wirbt dabei explizit für die Internetseiten des „Nationalen Infotelefon“ (NIT), für das „Bündnis Rechts“ sowie für den „Deutschen Freundeskreis Schwaben“ (DFS) des einschlägig bekannten Dennis Entenmann. Auf ihren Internetseiten schlägt „Freyja88“ zudem vor, Propagandamaterial über den DFS zu beziehen – diese Materialien werden hergestellt beim Hagener RK Druck und Vertrieb des 1951 geborenen Neonazis Rüdiger Kahsner.

Platz für eine Selbstdarstellung innerhalb der Homepage wird dem „Braunen Kreuz“ eingeräumt, einem 1998 aus dem Umfeld des so genannten „Nationalen Widerstands“, der NPD und dem „Skin-girl Freundeskreis Deutschland“ (SFD) entstandenen „nationalen Sanitätsdienst“, der sich im Internet ein Gästebuch mit den „Freien Nationalisten Bremen“ teilt. Die Verbindungen zu den „Kameradschaften“ lassen sich auch an der aus dem SFD kommenden Cathleen Grewe zeigen, die als Kopf der Gruppe gilt, die über ein Postfach im mecklenburg-vorpommerschen Boitzenburg zu erreichen ist. Ebenfalls dort ansässig ist der FSN-Zentralversand von Michael Grewe, der zu den Kontaktpersonen des neonazistischen „Aktionsbüros Norddeutschland“ um Christian Worch zählt. Dass Grewe nicht nur mit Neonazi-Devotionalien handelt, zeigte sich bei einer Hausdurchsuchung 1997. Damals fand die Polizei bei ihm eine Maschinenpistole, einen Karabiner, zwei Pistolen und über 1000 Schuss Munition.

Raum bietet „Freyja88“ auch dem „Bund heimat-treuer Frauen“ (BhF), zu dessen Köpfen sie zählt und der im wesentlichen personenidentisch sein dürfte mit der im Ruhrgebiet aktiven „Nationalen

Weiber-Aktionsfront“ (NAWF). Laut Eigendarstellung handelt es sich beim BhF um einen „Zusammenschluss junger Frauen, die in den Bereichen des germanischen Brauchtums und des Heimatschutzes tätig sind“.

Eines der Hauptelemente der Internetseite von „Oikrach“, der auch deutsche Soldatenlieder, eigene „Gedichte“ und germanophiles „Neuheidentum“ ins Netz gestellt hat, ist das gemeinsam mit „Templer“ betriebene „Nationale Forum“, in dem rassistische Einträge ebenso ihren Platz haben wie Hinweise auf den Bezug der Reichskriegsflagge mit Hakenkreuz (samt Hinweis auf die Internetseiten der NSDAP-AO). Zudem gibt es Diskussionsbeiträge über WPMP3, deren kompletter Bestand an brauner Musik zum Download von dem betroffenen Anbieter von Webspeicherplatz gelöscht wurde. Bei „Oikrach“ findet sich auch ein Link zu „Odins Lounge“, eine der diversen Internetseiten, über die rechte Musik im MP3-Format weltweit zum Download bereitsteht. Weitere Links führen zu den Internetseiten der „Berlin-Brandenburger Zeitung“ (BBZ) um den Neonazi Frank Schwerdt sowie zu diversen Internetseiten des Blood&Honour-Netzwerks oder des KuKluxKlan.

■ „Stärkung von Kameradschaften“ ■

Bei der „Templer“-Homepage beschwört man dann die finsternen Mächte. Zwar ist der „Templer“ Mitbetreiber des „Nationalen Forums“ und propagiert auf seinen Seiten die Nutzung von Diskussionsforen als „Werkzeug des nationalen Widerstands“. Dominiert wird das Seitenangebot derzeit jedoch von den „Geheimwissenschaften“ und diversen Texten über die Illuminaten, die Templer und die Theosophie. Unter der Rubrik „Freimaurer“ wird umfangreich aus dem in Deutschland verbotenen Buch „Geheimgesellschaften“ von Jan van Helsing zitiert. Weitere, derzeit noch ungefüllte „Wissensquellen“ sind über Rosenkreuzer, das Engelswerk oder über „Kulte, Führer, Lichtgestalten“ vorgesehen. Entsprechend dazu verlinkt der „Templer“ auch auf ein Forum, in dem über „Verschwörungstheorien“ diskutiert wird. Noch in Planung ist auch ein Bereich Technik, der sich mit Hacken, Internetsicherheit und der Heimseitenerstellung beschäftigen soll. Denn laut „Templer“ hat der „Kampf, der Überlebenskampf, am Computer ... begonnen“ - die „Combat Germania Weltnetz Kooperation“ scheint ihm dazu ein Schritt zu sein.

Rudolf Kleinschmidt

Zwischenruf

Imageschaden

Bei aller Zufriedenheit über den Ruck der Empörung nach den letzten Gewalttaten von rechts: Zweifel an der Ernsthaftigkeit angesichts der Hilflosigkeit früherer Aktionen („der Westen wiegte sich in der Gewißheit, im Osten sei die Sache noch schlimmer“), böse Karikaturen ob des „neuen“ Aktionsprogramms, in der Sache kaum das Gefühl, Politik und Gesellschaft hätten den Stein der Weisen gefunden.

Die Klage der Justizministerin Herta Däubler-Gmelin über „viel zu viel klammheimliche Zustimmung und viel zu viel Wegschauen“ oder die Warnung des Zentralratsvorsitzenden der Juden in Deutschland, Paul Spiegel, vor Zustimmungsmentalität, treffen leider ins Zentrum. Das haben wir alles schon einmal erlebt, als die Juden vogelfrei wurden. Da sind die Bürgermeister, die aus Angst vor Imageschäden lieber ihr Wissen über die Schläger am Ort für sich behalten, obwohl man doch meinen sollte, in den kleinen Orten Mecklenburgs oder Sachsens müsste die soziale Kontrolle, so man will, eigentlich funktionieren.

Deshalb hilft auch die eilfertig hereingereichte Zahl nicht viel, 80 Prozent der Deutschen sähen Rechtsextremismus als Gefahr. Wahrscheinlich mehr für sich selbst, wie das Lamento um Export- und Investitionsnachteile oder über das Fernbleiben von Wissenschaftlern und Facharbeitern zeigt, als für Leben und Gesundheit der Fremden. Recht so, denn offenbar werden die Deutschen erst wach, wenn es ihnen an den Geldbeutel geht. Denn, wo sind denn die besorgten 80 Prozent, wenn auf einen Inder oder einen Afrikaner Hatz gemacht wird?

Aktionen wie die in Potsdam, wo Straßenbahnfahrgäste zwei kleine Afrikaner vor fünf Skins schützen sind rar. Anderwärts haben so Angegriffene meist weniger Glück. Vielleicht weil man den tatlos Zuschauenden nicht die Hilfe gibt, sich zu wehren. Ihnen das beizubringen, wie es etwa eine Leipziger Charta unternimmt, Notrufe zu installieren, könnte daher nützlicher sein als der Ruf nach neuen Gesetzen oder Parteiverboten. Und auch die wissenschaftlich begründete Erkenntnis, der Schlag auf den Kopf des Afrikaners gelte eigentlich dem Westdeutschen, hilft nicht dem, der getroffen wurde.

Klaus-Henning Rosen

Aktivitäten

Ein klägliches Haufen

Die monatlich geplanten Demonstrationen in Dresden für ein „Recht auf Heimat“ scheiterten an mangelndem Zulauf.

Es endete an einem verregneten Samstag unter einer Dresdner Brücke mit dem treffenden Namen „Blaues Wunder“ ähnlich kläglich wie es am 3. Oktober 1998 in Berlin begann. Damals waren 20 Personen statt der erwarteten 100 000 zur Demonstration „Recht auf Heimat“ der „Interessengemeinschaft für die Wiedervereinigung Deutschlands“ (IWG) erschienen. Trotz der Unterstützung durch das Christlich-Konservative Deutschlandforum, den Witikobund und anderen, konnten die Gegendemonstranten ein Zehnfaches aufbringen. Auf ihren Zwischenstationen, mit Ausnahme Erfurts, bot sich immer das gleiche Bild. Am 29. Juli waren es lediglich dreißig Personen. Später wurden sie noch durch die achtköpfige „Kameradschaft Germania“ aus Berlin mit ihrem bekannten Transparent „Gegen den roten Terror“ unterstützt. Die Jungs waren noch durch die Polizei aufgehalten worden, die ihnen eine Reihe Waffen abnahm.

Seit März dieses Jahres wollte der IWG-Vorsitzende Georg Paletta jeden letzten Samstag des Monats den Aufmarsch in Dresden stattfinden lassen, ab 2001 sollte in es Leipzig im Zwei-Wochen-Rhythmus weitergehen und ein Jahr später mit wöchentlichen Demonstrationen ihren Abschluss in Berlin finden.

Wie bei den bisherigen Veranstaltungen hatte die Stadt Dresden versucht, auch diese Zusammenkunft gerichtlich untersagen zu lassen. Und wie immer war sie auch diesmal gescheitert. Allerdings akzeptierte das Gericht nicht den Einspruch Palettas gegen das Redeverbot für seinen Gast Wolfgang Juchem der „ein integrierter Mann“ sei.

Für das im Eigenverlag hergestellte Buch „Die falsche Rolle mit Deutschland“ von Josef A. Kofler, welches kostenlos verteilt wurde, fand der IWG-Chef lobende Worte: „Das ist das beste Buch, das ich nach 1945 gelesen habe!“ Allerdings ist auch diese Schrift nicht vollkommen, denn in ihr durfte nicht alles geschrieben werden, wie es auf Seite 104 heißt: „Wegen der Verschärfung der Gesetzeslage wurden bezüglich Auschwitz usw. kei-

ne Aussagen gemacht und mussten mehrere Stellen im Buch geändert bzw. geschwärzt werden! Die Wahrheit... befreit das ganze deutsche Volk vom lähmenden Schuld-, Scham- und Sühnebewusstsein bezüglich der 50 Millionen Kriegsoffer und ermöglicht eine optimale Politik!“

Daran schloss Paletta in seiner Rede an, die im Gegensatz zu früheren Ausführungen, völlig unmissverständlich war. Aber es war sowieso „das letzte Mal in Dresden. Ich bin sehr verärgert. Ich hatte mit mindestens 200 Leuten gerechnet.“ Und so konnte er alles erzählen, was ihm schon immer am Herzen lag. Von seiner bis 1990 währenden 40-jährigen CSU-Mitgliedschaft, über Willy Brandt („Leute, die uns bekämpft haben, waren unsere Staatsgründer“), die Benzinpreise, die „Ecksteuer“ und bis hin zum „Versailler Diktat“ reichte die Spannweite seiner Ausführungen. Leise Kritik des ehemaligen Nazi-Wehrmachtsoffiziers regte sich aber gegenüber Adolf Hitler, denn der hatte „jahrelang geduldig“ gewartet, dass die „Übergriffe der Polen auf die Volksdeutschen“ aufhörten. Bis zum 1. September 1939. „Der Führer hat nicht anders handeln können, als ihnen eine direkte Antwort zu geben.“ Daraufhin hätten England und Frankreich „uns den Krieg erklärt... Also, die sind verantwortlich für den 2. Weltkrieg.“

Zu diesem Zeitpunkt wurden die wenigen Zuhörer immer unruhiger. Gesellig bei Dosenbier und Plaudereien, ließ man den 76-Jährigen vor sich hin reden. Als erste nahmen die Berliner Abschied, ihnen folgte der Rest. Auch Palettas Ruf, man wolle noch gemeinsam die erste Strophe des „Deutschlandliedes“ singen, hielt sie nicht mehr auf.

Dabei hatte es im März nicht unbedingt nach einem solchen Ende ausgesehen. Rund 150 meist jugendliche Teilnehmer marschierten durch die Innenstadt. „Deutschland den Deutschen, Asylbetrüger raus“, hieß es. Mit dabei waren einige NPD-Prominenz, der sächsische JLO-Chef und Kameradschaften. Vier Wochen später fanden sich dann lediglich 30 Kameraden ein, ein Großteil davon aus Gera. Das Dumme war, dass Paletta die Veranstaltung gegen den Willen der NPD durchführen wollte, die zwei Tage später, am 1. Mai, ihren Aufzug hatte. Ende Mai fiel die Demonstration wegen des Wochenendes in Passau aus. Und im Juni waren lediglich 70 Personen anwesend.

Und so wie das Ganze in Dresden von Anfang an eher einer Farce denn einer politischen Veranstaltung glich, so endete es dann auch. *Lukas Kilian*

Grauzone**Völkisches Ideengut**

Esoteriker sorgen wegen wegen rechter Kontakte für Schlagzeilen. Ein Kongress in München widmete sich diesem Boom.

Die Nachricht ist auf den ersten Blick nicht besonders erstaunlich. Ein 1936 verfasstes Schulbuch mit dem kryptischen Titel „Atlantis und die Rätsel der Eiszeitkunst“ soll wegen seines rassistischen Inhalts auf Antrag des Bundesfamilienministeriums auf den Index gesetzt werden. Zum Politikum wurde der Fall, nachdem bekannt wurde, dass der Autor Ernst Uehli ein enger Freund und Mitarbeiter des Begründers der Anthroposophie, Rudolf Steiner, war und das Buch kürzlich von der Liste der von den Waldorfschulen benutzten Unterrichtsmaterialien gestrichen wurde.

Nicht das erste Mal kommen die Waldorfschulen ins Gerede. Erst im Februar dieses Jahres erhoben Eltern von Waldorfkindern in der Fernsehsendung „Report“ die Anschuldigung, die Alternativschulen verbreiteten rassistische und antisemitische Bildungsinhalte. Ähnliche Anklagen gab es 1994 von einer Mutter in den Niederlanden. Sie hatte unter den Unterrichtsmaterialien ihrer Tochter ein Buch mit dem Titel „Rassenkunde“ gefunden, in dem unter anderem zu lesen war, dass die „schwarze Rasse“ als kindlich, die „gelbe Rasse“ als heranwachsend, die „weiße Rasse“ als erwachsen und die „rote Rasse“ als vergreist einzustufen sei.

Durch den öffentlichen Skandal sah sich die anthroposophische Gesellschaft gezwungen, eine Kommission mit der Untersuchung der Vorwürfe zu beauftragen. Die bewertete in ihrem Gutachten 16 Textstellen aus Steiners Werk als schwer beleidigend, diskriminierend und nach niederländischem Recht strafbar. Mehr als 60 weitere Stellen wurden von der Kommission als leicht diskriminierend eingestuft. Erstmals räumte ein anthroposophisches Gremium rassistische Inhalte in Steiners Werk ein.

Für Steiner-Kritiker ist dieser Rassismus keine Entgleisung. „Die Anthroposophen verknüpfen die alttümliche Lehre von den vier menschlichen Temperamenten, die Karmalehre sowie die rassistische Phraseologie“, schreibt der Publizist Peter Bierl, der im letzten Jahr ein kritisches Geschichtsbuch der Anthroposophie verfasste.

Steiners Gedankengebäude, in dem es von Wurzeln, Erzeugeln und Volksgeistern nur so wimmelt, ordnet Bierl ins völkisch-esoterische Denken am Beginn des letzten Jahrhunderts ein. In den 20er Jahren agierten die Anthroposophen gegen den „Schandvertrag von Versailles“ und die „Verweichlichung des Germanentums“. Wie viele völkischen Gruppierungen, standen sie in Konkurrenz zur NSDAP, der sie vorwarfen, die spirituelle Ebene zu vernachlässigen. Mitte der 30er Jahre gerieten sie zwischen die Fronten eines Machtkampfs innerhalb der NSDAP zwischen altgermanischen Esoterikern, Deutschen Christen und Neuheiden. Nachdem die Anthroposophen mit der England-Mission von Rudolf Hess ihren wichtigsten Protegé in der Naziführung verloren hatten, wurden ihre Einrichtungen geschlossen. Ein Fakt, den die Steiner-Anhänger gerne ihren Kritikern vorhalten.

Die Anthroposophen sind nicht die einzigen Esoteriker, deren Lehren mit rechtem Gedankengut kompatibel sind. „Eine Unzahl von Verlagen, Organisationen und Seminarveranstalter wäre zu nennen, in denen - mehr oder weniger offenkundig - unter esoterischen Vorzeichen völkisch-rassistische, antisemitische und/oder faschistische Ideologie verbreitet wird“, erklärte der Publizist Colin Goldner auf einem Kongress, der sich Mitte Juli in München mit Irrationalismus, Esoterik und Antisemitismus beschäftigte. Ein Befund, der mit vielen Beispielen belegt wurde.

Dem in Esoterikkreisen weit verbreiteten Antisemitismus wurde auf dem Münchner Kongress große Beachtung geschenkt. So unterschiebt der bekannte Esoterik-Guru Erhard Freitag selbst der Shoah einen karmischen Sinn: die sechs Millionen ermordeter Juden und Jüdinnen hätten auf diese Weise lediglich die Schuld ihrer Vorfahren abgetragen. Der „Reinkarnationsexperte“ und Seminarleiter Tom Hockemeyer, der in der Szene unter seinem spirituellen Namen Trutz Hardo bekannt ist, veröffentlichte ein Buch mit dem bezeichnenden Titel „Jedem das Seine“. Dort wird der millionenfache Massenmord an den Juden zum karmischen Ausgleich für irgendwelche Verfehlungen, die diese sich in ihrem früheren Leben zu Schulden kommen gelassen hätten. Der wegen Volksverhetzung und der Verunglimpfung des Andenkens Verstorbener zu einer hohen Geldstrafe verurteilte Hockemeyer sollte Ende August auf den parapsychologischen Psi-Tagen in Basel auftreten. Erst nachdem jüdische Organisationen in der Schweiz protestierten wurde er wieder eingeladen. *Peter Nowak*

Seitenblick**Paradigmenwechsel**

Das Münchner Institut für Zeitgeschichte bangt um seine Reputation.

Bundesbildungsministerin Edelgard Bulmahn (SPD) will den Wissenschaftlichen Beirat des Münchner Instituts für Zeitgeschichte (IfZ) umbesetzen. Den Anlass dazu hat der Direktor des Instituts, Professor Horst Möller, 57, selbst geliefert. Der hat sich nämlich nicht entblödet, eine der merkwürdigsten Auszeichnungen an einen der merkwürdigsten Preisträger mit seiner Laudatio zu beehren. Die Auszeichnung trägt den Namen eines bedeutenden deutschen Politikers, der sich dagegen nicht mehr wehren kann. Sie heißt „Konrad-Adenauer-Preis“ und wird von der rechtslastigen Deutschland-Stiftung vergeben, die 1966 als „rechtskonservativer Kampfverband“ („Der Spiegel“) gegründet worden ist. Der Generalsekretär der Stiftung, Kurt Ziesel, 89, hat sein Handwerk beim „Völkischen Beobachter“ eingetrichtert bekommen. Er darf nach einem Prozess mit der Zeitschrift „Tribüne“ „notorischer Nationalsozialist“ genannt werden.

Auserkorener Preisträger war diesmal der Berliner Historiker Ernst Nolte, 77, berüchtigt geworden durch den Historikerstreit von 1986. Nolte vertrat damals in Frageform die These, der „Archipel Gulag“ sei „ursprünglicher als Auschwitz“, der „Klassenmord“ der Bolschewiki das Vorbild für „den Rassenmord der Nationalsozialisten an den Juden“ gewesen. Eine offensichtlichere Entschuldigung der Nazis durch einen deutschen Wissenschaftler hatte es bis dahin nicht gegeben. Nolte, vorher als seriöser Zeithistoriker anerkannt, verspielte seinen Ruf über Nacht und wurde nicht nur von Linken in die rechtsradikale Ecke gestellt. Aus ihr konnte oder wollte er sich bisher nicht befreien. In seiner Dankesrede für den Preis erkannte er jetzt einen „rationalen Kern“ in Hitlers Rassenwahn.

Wo Nolte hingehört, ist seit dem Historikerstreit allgemein bekannt. Die Position Möllers hingegen blühte eher im Verborgenen. Immerhin steht er an der Spitze des international geachteten IfZ, das hervorragende Forschungen über die NS-Zeit vorgelegt und wichtige Gutachten zu NS-Prozessen verfasst hat. Möller nun hat dem IfZ - entgegen dem Gründungsauftrag - auch die Kommunismusforschung als Aufgabe gestellt und ist mit seiner

Laudatio vollends aus der Deckung gekommen. Der Kölner Zeithistoriker Professor Jost Dülfer sieht in der Ausweitung des Forschungsgebietes auf den Kommunismus zu Recht einen „Paradigmenwechsel“ im Sinne einer erneuerten Totalitarismustheorie, was zu Nolte gehört und nun von Möller übernommen worden ist. Wie weit rechts von der Mitte Nolte längst steht und Möller hinstrebt, musste auch deshalb auffallen, weil die CDU-Vorsitzende Angela Merkel zuvor die Bitte um eine Laudatio auf Nolte abschlägig beschieden hatte.

Edelgard Bulmahn will nun die verkrusteten Strukturen des IfZ endlich aufbrechen. Zu befürchten ist allerdings, dass sie sich dabei die Zähne ausbrechen wird. Der bayerische Wissenschaftsminister Hans Zehetmaier hat einer Zeitungsmeldung zufolge den Plan energisch abgelehnt. Laut Satzung sollen die Beiräte des Instituts vier, höchstens acht Jahre in dem Gremium sitzen. Viele gehören ihm aber bereits seit 38 Jahren an. Dass Bulmahn jetzt frischen Wind in den Beirat bringen will, ist zu begrüßen. Dass die bayerische Regierung mitmachen wird, ist höchst zweifelhaft, hat doch Ministerpräsident Edmund Stoiber soeben Nolte in einem Grußwort bescheinigt, er gehöre zu den Wissenschaftlern, „die sich nur auf Wahrheitssuche begeben“.

Das 1949 gegründete IfZ hatte jahrzehntelang in der Bundesrepublik eine Art von Monopolstellung bei der Erforschung der NS-Zeit. Inzwischen gibt es freilich in etlichen Bundesländern eigene vergleichbare Institute. Seit dem Wechsel im Kanzleramt wird Möller nicht mehr wie zu Kohls Zeit fast jeder Wunsch erfüllt. Mit dem Auftritt für Nolte hat Möller dem IfZ massiv geschadet. Er hat damit gegen die Interessen des Instituts gehandelt. Das müsste zwingend zu personellen Konsequenzen führen. Bulmahn ist Erfolg zu wünschen. Denn nicht nur hierzulande, sondern ebenso im Ausland galt das IfZ als zeitgeschichtliche Institution schlechthin. Auskünfte aus München brauchten nicht überprüft zu werden, sie galten von vornherein als authentisch. Das dürfte sich inzwischen geändert haben. Unter dem Mitarbeitern macht sich Unruhe breit, heißt es aus München. Man fürchtet nicht nur um das Ansehen, sondern auch um die Zukunft des Instituts, wenn keine Drittmittel mehr fließen, ohne die eine Forschung im bisherigen Umfang kaum noch geleistet werden könnte. Ob Möller all das bedacht hat, ehe er für Angela Merkel einsprang, ist nebensächlich. Er hätte es bedenken müssen. Schließlich ist er - noch - Chef des IfZ.

Heiner Lichtenstein

NS-Vergangenheit**Menschenschicksale**

Etwa 90 Prozent aller Betriebe in Schleswig-Holstein profitierten in der NS-Zeit von Zwangsarbeitern. In einer umfangreichen Studie wurde jetzt das schwere Los der Betroffenen detailliert untersucht.

Als erstes Bundesland hat Schleswig-Holstein eine wissenschaftlich fundierte Studie über Zwangsarbeit im nördlichsten Bundesland vorgestellt. Auf 730 Seiten werden Einzelschicksale beleuchtet, Zahlen und Statistiken genannt, über die Sondergesetzgebung diesem Bevölkerungsteil gegenüber berichtet und über das Leid dieser Menschen Aufschluss gegeben.

Das Gutachten wurde von der Landesregierung in Auftrag gegeben und vom Institut für schleswig-holsteinische Zeitgeschichte unter der Leitung von Professor Uwe Danker und Professor Robert Bohn erstellt. Wertvolle Quellen waren dabei die Archive der Ortskrankenkassen, aber auch das angesammelte Datenmaterial des Internationalen Suchdienstes des Roten Kreuzes in Bad Arolsen.

„Es wäre besser, wenn wir sie nicht hätten, aber wir brauchen sie.“ Das waren die Worte Heinrich Himmlers, Reichsführer der SS und Chef der Polizei, zur Haltung der NS-Spitze gegenüber ausländischen Arbeitern im Deutschen Reich. Der Einsatz von ausländischen Arbeitskräften widersprach eigentlich den Grundsätzen des Nationalsozialismus und war nur als eine vorübergehende kriegswirtschaftliche Notstandsmaßnahme für polnische Arbeitskräfte in der Landwirtschaft gedacht. Von bundesweit etwa 9,5 Millionen Zwangsarbeitern waren in Schleswig-Holstein rund 225 000 eingesetzt - immerhin 35 Prozent mehr als im Reichsdurchschnitt. Den „Löwenanteil“ nahmen dabei Polen und so genannte „Ostarbeiter“ aus den Staaten der ehemaligen Sowjetunion ein, nämlich 70 Prozent. In Zahlen errechnet: „Ostarbeiter“ 56 773, Polen 36 865, Franzosen 10 737, Niederländer 6 748, Italiener 5 300, Ukrainer 4 154, Belgier 3 838, Dänen 2 703, Balten 2 075, Tschechen 1 791, Jugoslawen 880.

Erschreckendes Fazit der Untersuchung: Etwa 90 Prozent aller schleswig-holsteinischen Betriebe pro-

fitierten zwischen 1939 und 1945 von den billigen oder oft sogar kostenlosen Arbeitskräften. Größter Profiteur: Die Landwirtschaft. Fast die Hälfte aller Zwangsarbeiter landete auf Bauernhöfen, ein Drittel in rüstungsproduzierenden Betrieben. Doch auch die öffentliche Hand war Nutznießer größeren Stils: Jeder zehnte Fremdarbeiter war bei Reichsbahn, Kreisen oder Städten beschäftigt. Der weibliche Anteil an den 225 000 betrug 37 Prozent.

Zunächst wurden nach Kriegsbeginn aus den besetzten Ländern Kriegsgefangene und so genannte Zivilarbeiter ins Deutsche Reich gebracht. In Polen und auch westlichen Nachbarländern wurden zudem Freiwillige angeworben. Spätestens seit 1942 basierte dieser Arbeitseinsatz nur noch auf Zwang. Ein auf Nationalitäten abgestimmtes Erlass- und Repressionssystem war Grundlage der allgemeinen Behandlung. Polen mussten beispielsweise ein „P“ auf ihrer Kleidung tragen. Bei der Bezahlung darf man heute von einem Hunger- oder Sklavenlohn sprechen.

Ausgeklüngelt und verlogen waren die Abgabenzahlungen, die die Fremdarbeiter zu entrichten hatten. So wurden sie zu Krankenkassenbeiträgen herangezogen, konnten aber so gut wie keine Leistungen in Anspruch nehmen. Bei ernsthaften Erkrankungen wurden sie wie eine verdorbene Ware wieder in ihre Herkunftsländer zurückgeschickt, sofern sie nicht schon auf deutschem Boden verschieden. Auch Abgaben für die Renten- und Unfallversicherung waren zu zahlen. Bei Bombenangriffen der Alliierten waren Luftschutzeinrichtungen für die Zwangsarbeiter tabu. Allein dadurch zählte man rund 9000 Todesfälle.

Polen mussten beispielsweise eine Sozialausgleichsabgabe von 15 Prozent ihres Bruttolohns entrichten. „Ostarbeitern“ wurden anfangs bis zu 90 Prozent ihres Lohnes „weggesteuert“ beziehungsweise als Unterbringungskosten im Lager einbehalten. Diese Lager waren meist Holzbaracken, heimgesucht von Läuseplagen und daraus dann folgendem Fleckfieber. Bleibt festzuhalten: Nicht nur mit ihrer Arbeit, auch mit ihren nicht unerheblichen Steueraufwendungen und Sonderabgaben finanzierten die ausländischen Arbeitskräfte den Krieg auf deutscher Seite mit. Ihre Beiträge zur Arbeitslosenversicherung waren vollkommen absurd, weil für sie ohne Gegenleistung.

Das erste, was die „Fremdarbeiter“ von dem Land zwischen den Meeren sahen, war in der Regel der

Güterbahnhof in Neumünster. Oft hatten sie eine mehrtägige Bahnreise in einem Güterwaggon hinter sich, häufig waren es Züge, die gerade nach dem Entladen aus dem Frontgebiet wieder zurück nach Deutschland rollten. In Neumünster war das Durchgangslager des Landesamtes die nächste Anlaufstation. Dort erfolgte dann die „Verteilung“. War der Zug zuvor ordentlich angekündigt, konnte es aber auch sein, dass auf dem Bahnhof bereits Fabrikanten und andere Arbeitgeber warteten wie bei einer Viehauktion und sich dann höchstpersönlich die ihnen brauchbar erscheinenden Arbeitskräfte aussuchten.

Ein Erlasspaket vom 8. März 1940 für Polen regelte alle Dinge des Arbeitsalltages, aber auch der Freizeit. Verboten waren das Betreten von Gaststätten, der allgemeine Alkoholkonsum und der Besuch von Kinos. Intimer Kontakt mit Deutschen wurde mit der Todesstrafe geahndet. Exekutionen und öffentliche Hinrichtungen waren keine Seltenheit. Die Arbeitszeit in der Endphase des Krieges stieg in der Woche auf 55 bis sogar 75 Stunden in Einzelfällen. Die Fluktuation war groß – meist nach Krankheiten oder Todesfällen. Die Po-

lizei in Kiel sprach zum Beispiel von einer „Ausfallquote der Ostarbeiter, die beständig bei 20 Prozent liegt“. Schuld für Erkrankungen war auch die oft schlechte Versorgung mit Nahrungsmitteln. Da ging es Lagerinsassen und Fabrik-Frondienst leistenden schlechter als bei Bauern untergebrachten Zwangsarbeitern.

Wie konnte eine „Rekrutierung“ im Ausland aussehen? Genannt sei hier ein Fall aus der Ukraine. Der 15-jährige Schüler Alexander M. schlendert durch seine Heimatstadt nahe Dnjepropetrowsk. Dabei gerät er in eine Razzia der SS. Auch ukrainische Polizei wirkte mit. Er wird mitgenommen, verhört und registriert. Man gibt ihm zwei Tage Zeit, um seine Eltern zu informieren, dass er zum Arbeitseinsatz nach Deutschland fahren müsse. Er erhält die Anweisung, Kleidung und Essen für fünf Tage mitzunehmen ..., so geschehen am 18. Mai 1942.

Das Gutachten soll ab September als Buch (Bestellungen unter der Rufnummer 0461/8611890) vorliegen und auch im Internet unter der Adresse www.izrg.de abrufbar sein. *Horst Freires*

Anzeige

Der Verein „Gegen Vergessen – Für Demokratie“ e.V. in Bonn wurde 1993 auf Initiative von Bürgerinnen und Bürgern ins Leben gerufen, die als politisch Verfolgte unter der NS-Diktatur und dem kommunistischen Regime der DDR gelitten haben. Sie fanden sich zusammen, um sich gegen extremistische Gewalttaten in unserem Land, die Relativierung der nationalsozialistischen Verbrechen, Fremdenfeindlichkeit und Verteufelung von Minderheiten zur Wehr zu setzen. Zugleich waren sie sich einig in der Absicht, die Erinnerung an die Vergangenheit wachzuhalten und die freiheitlich-demokratische Grundordnung unseres Landes zu stärken. Zu den Gründern des überparteilich orientierten Vereins gehörten Verfolgte, Politiker, Wissenschaftler, Pädagogen, Gewerkschafter, Journalisten und Leiter von Gedenkstätten. Der Verein „Gegen Vergessen – Für Demokratie“ ist im Vereinsregister eingetragen und vom Finanzamt Bonn-Außenstadt unter der Steuernummer 206 5863 0049 als gemeinnützig anerkannt. Beiträge und Spenden sind somit gemäß § 10b EStG und § 9 Nr. 3 KStG abzugsfähig. Konto: 8551707 (BLZ 380 500 00), Sparkasse Bonn
Verein „Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V.“, Max-Planck-Straße 3, 53177 Bonn
Telefon (0228) 93 38 90, Telefax (0228) 933 89 20, <http://www.gegen-vergessen.de>

**Gegen Vergessen
Für Demokratie e.V.**

- ☐ Ich bin an der Arbeit des Vereins interessiert, möchte aber derzeit nicht Mitglied werden. Ich bitte um Zusendung der Informationshefte und regelmäßiger Veranstaltungshinweise und werde dafür einen Betrag von DM als Spende überweisen.
- ☐ Ich erkläre hiermit meinen Beitritt zum Verein „Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V.“

Name Vorname

Adresse

Telefon privat dienstlich Fax

Beruf/Funktion Geburtsdatum

Verein/Verband etc.

Ich bin an folgenden Arbeitsbereichen interessiert:

Ort, Datum Unterschrift

Meldungen

■ **Berlin** - Der Berliner Rechtsextremist Frank Schwerdt (56) wurde nach Verbüßung seiner sechsmonatigen Haftstrafe aus dem Gefängnis entlassen. Dies melden die „HNG-Nachrichten“ in ihrer aktuellen Juli-Ausgabe. Der Gründer und Vorsitzende der 1997 aufgelösten neonazistischen Organisation Die Nationalen gehört seit zwei Jahren dem NPD-Bundesvorstand an und nahm auch, dank des offenen Strafvollzugs, an deren letztem Bundesparteitag im oberpfälzischen Mühlhausen teil. Dort wurde Schwerdt im März erneut in den Vorstand der NPD gewählt.

■ **Berlin** - Die rechtsextremen Parteien Republikaner, DVU und NPD haben in den vergangenen zehn Jahren zusammen rund 71,5 Millionen Mark staatliche Zuschüsse erhalten, und zwar zuletzt mit steigender Tendenz. Dies berichtete die „Frankfurter Rundschau“ 5. August mit Verweis auf die Rechenschaftsberichte der Parteien von 1990 bis 1999. Die Republikaner haben danach in diesem Zeitraum vom Staat rund 57 Millionen Mark kassiert, die DVU etwa 13,4 Millionen und die NPD gut zwei Millionen. Die Summe der staatlichen Zuwendungen an die drei rechtsextremen Parteien ist in den letzten Jahren von vier Millionen Mark im Jahr 1997 über 9,4 Millionen im Jahr 1998 auf 9,5 Millionen im vorigen Jahr angestiegen.

■ **Berlin** - Am 13. Juli fand bei „Radio Germania“ in Berlin eine Hausdurchsuchung statt. Beschlagnahmt wurden unter anderem die komplette Computeranlage und eine große Anzahl von Datenträgern. Die Macher von „Radio Germania“ um den Neonazi Mike Penkert, die auch mit einer eigenen Homepage im Internet vertreten sind, rufen jetzt ihre Hörerschaft zu freiwilligen Spendenaktionen auf: „Wenn wir unsere Seiten trotz der Unterdrückung der toleranten Meinungswächter erhalten wollen, sind wir auf eure Hilfe angewiesen. Wenn nur jeder Kamerad ein 5DM oder 10DM Scheinchen entbehren kann, können wir uns erfolgreich gegen die sog. Demokraten durchsetzen“.

■ **Berlin** - In einem Rundschreiben vom 28. Juli an alle Landes- und Kreisverbände warnt der NPD-Bundesvorsitzende Udo Voigt vor einer weiteren Infiltration „durch Spitzel und Provokateure des so genannten Verfassungsschutzes“. Angaben von Voigt zufolge wird der NPD-Parteivorstand in den nächsten Wochen eine Broschüre „über die subtilen Arten der Anwerbeversuche herausgeben, da-

mit solche Versuche von vornherein im Keim erstickt werden.“ Kritisiert wird von Voigt, dass von Teilen der NPD Solidarität mit den Polizistenmördern Kay Diesner und Michael Berger gezeigt wird: „Polizistenmörder erwartet in einem von der NPD geführten Staat die Todesstrafe und wer sich damit identifizieren will oder gar Solidaritätspropaganda dafür macht, hat keinen Platz mehr in der NPD und sollte schnellstens die Partei verlassen, bevor er als VS-Agent enttarnt und/oder ausgeschlossen wird.“, betont der NPD-Vorsitzende.

■ **Celle** - Eine aktuelle, umfangreiche und szenekennern gut informierte Neonazi-Homepage („Freie nationale Jugend Celle“) findet sich derzeit im niedersächsischen Celle. Szene-Kenner vermuten dahinter Klaus Hellmund, der maßgeblich am Aufbau und der Vernetzung von Neonazi-Strukturen in Celle und Umland beteiligt ist. Hellmund, der als Kontaktmitglied der NSDAP/AO geführt wurde und auf der Gefangenenliste des US-amerikanischen NSDAP/AO-Organ „The New Order“ aufgeführt war, unterhält seit 1991 engste Verbindungen zur Neonazi-Knasttruppe HNG. Im März 1991 kündigte er in einem Schreiben an die damalige HNG-Vorsitzende Christa Goerth („Heil Dir, Christa!“) seinen Beitritt zur HNG an. Zuletzt war Hellmund bei der Neonazi-Demo gegen das geplante Holocaustdenkmal am 29. Januar in Berlin zugange.

■ **Eisenach** - Die Jungen Nationaldemokraten haben in Eisenach nunmehr einen Landesverband Thüringen gegründet. Dies wurde in einer Pressemitteilung vom 25. Juli bekanntgegeben. Vorsitzender des neuen Landesverbandes, der nach Eigenangaben 70 Mitglieder haben soll, ist der 25-jährige Sandro Tauber. Stellvertreter sind Carsten Schultze und Patrick Wieschke, der auch als Landespressesprecher fungiert.

■ **Engerda** - Das Verlagsprogramm des Arun-Verlages aus Engerda richtet sich „auch an esoterisch und neuheidnisch orientierte Rechtsextremisten“. Veröffentlicht werden unter anderem Werke über den Zusammenhang von Esoterik und Nationalsozialismus wie „Weisthor. Karl Maria Wiligut. Himmlers Rasputin und seine Erben“ oder „Otto Rahn - Leben & Werk“. Zudem publiziert der Verlag Schriften aus dem Bereich der Neuen Rechten. Der Arun-Verlag, dessen Inhaber Stefan Ulbrich („Björn“ Ulbrich) Eigenangaben zufolge bei der „Wiking-Jugend (WJ) aktiv war, verfügt über Kontakte zu anderen rechtsextremen Vertriebsdiensten

(zum Beispiel Buchdienst Nation & Europa). Dies teilte die Bundesregierung (Drucksache 14/3621) auf eine entsprechende Anfrage der PDS über den Arun-Verlag mit.

■ **Greifswald** - Axel Möller (Pseudonym: „Theodor Manzelmann“), Betreiber der Neonazi-Homepage „Stoertebecker“ in Stralsund, befürchtet, dass der NPD-Landesverband Mecklenburg-Vorpommern den dortigen Republikanern „ins politische Nirwana folgen“ könnte. So seien von den einstmaligen 400 NPD-Mitgliedern „noch nicht einmal die Hälfte geblieben“. „Ohne greifbare politische Signale“ sei auch der NPD-Landesparteitag am 8. Juli in Greifswald verlaufen, meint Möller. Verständlich sei deshalb, „dass ein Großteil der Freien Kameradschaften im Lande unter den augenblicklichen Verhältnissen überhaupt keine Lust verspürt an größeren NPD-Aktionen teilzunehmen.“

■ **Hamburg** - Die Deutschen Konservativen e.V. (Hamburg) wollen vom 8. bis 14. Oktober ihren Herbst-Kongress „demonstrativ“ am Wörther See bei Klagenfurt in Kärnten durchführen. Der Kongress, zu dem Referenten aus der Bundesrepublik und Österreich angesagt sind, „soll der bislang attraktivste in unserer Verbandsgeschichte werden“, erwartet der Vorsitzende Joachim Siegerist in seinem Juli-Rundschreiben. Die Teilnahmegebühren (ohne Fahrtkosten) betragen satte 1.980,- Mark. Siegerist hofft auf Unterstützung des Kärntner Landeshauptmann Jörg Haider, um „in Deutschland offen und klar weitere Bataillone zur Vorbereitung einer konservativen Partei aufbauen“.

■ **Hildesheim** - Nachdem der neonazistische Skinhead Dieter Riefling am Himmelfahrtstag im Anschluss an eine Szene-Feier von Rechtsextremisten in Northeim zusammengeschlagen wurde, widerfuhr ihm nun ein weit erfreulicherer Ereignis. „Miesling“, so sein Spitznamen, wurde Vater eines Sohnes, der auf den Namen Nils-Rutgar-Dieter hören muss. Die schwere Körperverletzung Rieflings am 1. Juni ist auf Rivalitäten im neonazistischen Lager zurückzuführen. Eine Rolle gespielt haben soll dabei der inhaftierte Neonazi Thorsten Heise. Beide gehörten in der Vergangenheit der 1995 verbotenen FAP an.

■ **Iphofen** - Der Neonazi Dennis Entenmann (21) mobilisiert für die Vereinigte Rechte (VR) zu einem Rudolf-Heß-Gedenkmarsch nach Iphofen. Das von dem vorbestraften Skinhead Entenmann (vgl. BNR 7/00) betriebene „Nationale Infotelefon Fran-

ken“ kündigt als Redner für den 12. August den VR-Bundesvorsitzenden Mario Meurer, den ehemaligen NPD-Funktionär und jetzigen VR-Aktivsten Julius Jäger sowie den Rechtsterroristen Manfred Roeder an. Unterstützt werde der Aufmarsch anlässlich des 13. Todestages des einstigen Hitler-Stellvertreters Heß, so die aktuelle Ansage des NIT Franken, vom „Deutschen Freundeskreis Schwaben“, vom „Bündnis Rechts“, dem „Bund Heimat-treuer Frauen“ und der „Bürgeraktion Unsere Zukunft“. Der jüngst aus dem schwäbischen Calw ins unterfränkische Iphofen umgezogene Entenmann fungiert neuerdings als Landesbeauftragter der Vereinigten Rechten in Bayern.

■ **Köln/Diksmuide** - Der Herausgeber der in Köln erscheinenden rechtsextremen Quartalsschrift „Signal“, Manfred Rouhs trommelt im Internet für die 73. „Ijzerbedevaart“ am 27. August. Am Rande der traditionellen Gedenkfeier flämischer Nationalisten in Diksmuide, findet ein „Europäischer Kameradschaftsabend“ in der Gaststätte Vlaams Hof statt. Rouhs ist dort nach Eigenangaben mit einem Informations- und Verkaufsstand seiner Zeitschrift „Signal“ vertreten. Eintrittskarten für den 26. Kameradschaftsabend können die Kameradinnen und Kameraden telefonisch bei der „Signal“-Autorin Ilse-Carola Salm, bestellen.

■ **Leipzig** - Die NPD will DM 72.000 Schadenersatz für eine von der Stadt Leipzig verbotene Demonstration einklagen. Eine für den 1. Mai 1997 beantragte Demonstration war von der Stadt verboten worden. Das OVG Bautzen hatte diese Verfügung zwar aufgehoben, die Stadt Leipzig hatte allerdings zwei Tage vor dem Demonstrationstermin eine mit einer neuen Gefahrenprognose begründete zweite Verfügung erlassen, die das OVG ausdrücklich bestätigt hatte. Der NPD-Anwalt Hans-Günter Eisenecker behauptet nun, Ordnungsamtsleiter Wassermann habe mit falschen Zahlen einen Notstand „herbeigeredet“.

■ **Lübeck** - Eine neue Ausgabe des „Lübscher Aufklärer“, des „Mitteilungsblattes“ des „Bündnis Rechts“ aus Lübeck ist erschienen. Berichtet wird unter anderem über den „2. Tag des nationalen Widerstandes in Passau“ und den „Fall Kay Diesner“. In einer Pressemitteilung vom 26. Juli attackiert der Pressesprecher von „Bündnis Rechts“, Thorsten Thomsen, zuvor Landesvorstandsmitglied des Bund Freier Bürger, in scharfen Worten SPD und DGB („antideutsche, rote Gewerkschaftsfunktionäre“). Diese versuchten laut Thomsen, „Gefahr von

rechts' heraufzubeschwören und schüren damit den Hass gegen die nationale Opposition“.

■ **Magdeburg/Berlin** - In Sachsen-Anhalt ist im ersten Halbjahr die Zahl der rechtsextremen Straftaten um rund 20 Prozent auf 319 Delikte zurückgegangen. Leicht zugenommen haben allerdings die fremdenfeindlichen Straftaten mit 61 (+ 2) Vorfällen, darunter 15 Gewalttaten (+ 2). Die Zahl der rechtsextremistischen Gewalttaten ist im Vergleich zum Vorjahreszeitraum auf 8 (- 14) gesunken. Dies geht aus der Halbjahresstatistik des Magdeburger Innenministeriums vom 4. August hervor. Wie die Bundesregierung auf eine Anfrage der PDS-Abgeordneten Ulla Jelpke mitteilte, sind bundesweit in den ersten sechs Monaten dieses Jahres 297 antisemitisch motivierte Straftaten bekannt geworden. Im Juni war ein deutlicher Anstieg der rechtsextremen Straftaten auf 129 (Vormonat: 82; Vergleichszeitraum Juni 1999: 97) Vorfälle zu verzeichnen.

■ **München** - Ausgerechnet in der Münchner „Georg Elser Halle“, die nach dem Widerstandskämpfer gegen das Nazi-Regime benannt ist, ist für den 28. Oktober ein Skin-Konzert angekündigt. Aufspielen wollen die Gruppen „Springtoifel“, „Boots & Braces“ und die „Rabauken“. Als Organisator dient ein Stefan Riedl. Geworben wird für das Konzert unter anderem in „Signal“.

■ **Schwäbisch Hall** - Im Internet machen sich neuerdings auch neonationalsozialistisch ausgerichtete Radio-Sendungen breit. Eine herausragende Position nimmt das „whitepowerradio“ ein. Domaininhaber ist Achim Schmid im baden-württembergischen Schwäbisch Hall. Schmid zählt internen Kenntnissen des Bundesamtes für Verfassungsschutz zufolge zum Kreis „rechtsextremistischer Liedermacher“, denen unter anderen Frank Rennieke, Daniel Eggers, Jörg Hähnel, Andre Lüders, Veit Kelterborn, Lars Hellmich und Andreas Schüler zugerechnet werden.

■ **Stuttgart** - Unter dem Motto „Schützt die Familie - Keine Gleichstellung der Homo-Ehe demonstrierten am 29. Juli rund 150 Anhänger der NPD in Stuttgart. Organisiert wurde der Aufmarsch von Janus Nowak, Landesvorstandsmitglied der baden-württembergischen NPD und JN-Funktionär. Hauptredner war Otmar Wallner, einst stellvertretender REP-Bundesvorsitzender und seit 1999 NPD-Mitglied. Rund 200 Personen demonstrierten gegen die NPD.

Postvertriebsstück. Entgelt bezahlt

Adresse:

DDVG • Stresemannstr. 30 • 10963 Berlin 8
 PVSt, DPAG, „Entgelt bezahlt“, A 13861
 Heft 16-2000 / Abo 5292719000
 Antifaschistisches Pressearchiv
 und Bildungszentrum Berlin e. V.
 Falkensteinstr. 46
 10997 Berlin

■ **Stuttgart** - Im baden-württembergischen Landtag sorgt ein Vortrag des Belgiers Wim Verreycken vom rechtsextremen Vlaams Blok, den dieser am 30. Juni auf Einladung der REP-Landtagsfraktion in Stuttgart hielt, im Nachhinein für Wirbel. Die Fraktionen von CDU, SPD, FDP und Grünen drängen darauf, dass der Vorgang ein Nachspiel haben soll. Übereinstimmend erklärten die Fraktionschefs, dass darüber diskutiert werden müsse, ob Fraktionseinladungen künftig auch inhaltlichen Vorgaben entsprechen müssen. Verreycken unterhält seit Jahren enge Verbindungen zu den Republikanern; so sprach er am 30. Mai 1998 auf einer REP-Kundgebung am Zollübergang Saarbrücken.

Impressum

Verlag:

Deutsche Druck- und Verlagsgesellschaft mbH
 Stresemannstr. 30, 10963 Berlin
 Telefon (030) 25594-100, Fax 25594-190

Redaktion:

Gabriele Nandlinger (verantwortlich)
 Stresemannstr. 30, 10963 Berlin
 Telefon (030) 25594-174, Fax 25594-499
 e-mail: nandlinger@bnr.de
 Internet: <http://www.bnr.de>

Kommentatoren:

Ralf Bachmann (Berlin)
 Heiner Lichtenstein (Köln)

Satz und Gestaltung:

OPS GmbH, Heike Rose

Herstellung:

Braunschweig-Druck GmbH, Ernst-Böhme-Str. 20
 38112 Braunschweig

Erscheint 14tägig, Bezug nur im Abonnement
 Preis DM 125,- jährlich, zzgl. Porto.

Für Schüler, Studenten, Jugendorganisationen und
 -verbände sowie gemeinnützige Vereine zum
 Vorzugspreis von DM 64,- zzgl. Porto.

Nachweis erforderlich!

Halbjahresabonnement, Preis DM 32,- zzgl. Porto